

Heute in der Zeitung

Tagesthema

**Politik**  
**Einreisesperre gefordert**  
Greta Thunberg gilt als antisemitisch. Am Jahrestag des Hamas-Massakers demonstrierte sie in Berlin. **Seiten 3, 7**  
**Richterbund: Länder sollen handeln**  
Ampel und Union wollen das Bundesverfassungsgericht besser schützen. Auch die Länder sind gefordert. **Seite 4**

**Baden-Württemberg**  
**Wegen Totschlags verurteilt**  
Weil er seine Freundin erwürgt haben soll, ist ein 15-Jähriger zu einer Haftstrafe verurteilt worden. **Seite 5**

**Aus aller Welt**  
**Im Visier des Hurrikans**  
In Sorge vor schwerer Zerstörung wappnet sich der US-Bundesstaat Florida für den Hurrikan „Milton“. **Seite 8**

**Wirtschaft**  
**Südwestmetall warnt vor Kündigung**  
Die baden-württembergische Metall- und Elektroindustrie warnt vor weiterem Jobverlust in der Branche. **Seite 10**

**ZF: Schließungen sind denkbar**  
Der Autozulieferer steht unter Druck. Bei dem Unternehmen droht ein radikaler Arbeitsplatzabbau. **Seite 11**

**Familie und Partnerschaft**  
**Mit der Familie in ein fremdes Heim**  
Auswandern wollen meist die Eltern. Ihre Kinder müssen vieles hinter sich lassen. Was bedeutet das für sie? **Seite 14**

**Wissen**  
**Nichts für Hunde**  
Obwohl Mensch und Tier seit Tausenden Jahren zusammenleben, kursieren falsche Infos über die Vierbeiner. **Seite 15**

**Reportage**  
**Wieder im Fuchsbau**  
Ein Schicksalsschlag hat Viktoria Fuchs zurück in den Schwarzwald und ins Hotel ihrer Familie gebracht. **Seite 16**

**Stuttgart**  
**Stuttgart bereitet sich vor**  
Regen, Sturm, vereinzelt Orkanböen: In Teilen Deutschlands droht ungemütliches Herbstwetter. **Lokalteil**

**Kultur**  
**Zwischen Himmel und Hölle**  
Voller Bewunderung erzählt eine Doku vom wechselvollen Leben einer iranischen Popikone. **Seite 25**

**Sport**  
**Große Premiere**  
VfB-Keeper Alexander Nübel steht in Bosnien erstmals im Tor der Nationalelf – in einem Mini-Stadion. **Seite 31**

**Kommentare & Kolumnen**  
Habeck hofft auf 2025 auf eine bessere Konjunktur. Doch es bleiben große Fragezeichen, meint Tobias Peter. **Seite 10**  
Es gibt kaum noch ein Spiel, das nicht in ein nervenzeretzendes Finale furioso mündet, schreibt Oskar Beck. **Seite 30**

**Rubriken**  
Fernsehprogramm ..... 26 Familienanzeigen ..... 29  
Impressum ..... 28

StZ digital

**StZ Plus**  
**Immer aktuell und früher informiert**  
Nutzen Sie mit der Webseite und dem digitalen Angebot die gesamte redaktionelle Vielfalt der StZ.  
[www.stuttgarter-zeitung.de/plus](http://www.stuttgarter-zeitung.de/plus)

**Newsletter „Die StZ am Morgen“**  
**Wichtige Themen auf einen Blick**  
Montags bis samstags stellen unsere Redakteure die besten Texte für Sie zusammen. <http://stzlinx.de/newsletter>

**Soziale Netzwerke**  
**Diskutieren Sie mit!**  
Facebook, Instagram, Youtube: Die StZ können Sie auf allen Kanälen abonnieren. <http://stzlinx.de/social>

**Ihr Kontakt zur Stuttgarter Zeitung**  
**Telefon**  
Zentrale und Redaktion ..... 0711 / 72 05 - 0  
Anzeigen ..... 0711 / 72 05 - 21  
Leserservice ..... 0711 / 72 05 - 61 61  
Probe-Abonnement ..... 080 00 14 14 14  
**Fax**  
Redaktion ..... 0711 / 72 05 - 12 34  
Anzeigen ..... 01803 / 08 08 08\*  
Leserservice ..... 0711 / 72 05 - 61 62  
\*0,1803: 0,09 Euro/Min., Preise aus dem dt. Festnetz, Mobilfunkhöchstpreis 0,42 Euro/Min.  
**E-Mail**  
Leserbriefe ..... [leserforum@stuttgarter-zeitung.de](mailto:leserforum@stuttgarter-zeitung.de)  
Redaktion ..... [redaktion@stz.de](mailto:redaktion@stz.de)  
Anzeigen ..... [anzeigen@swm-network.de](mailto:anzeigen@swm-network.de)  
Leserservice ..... [service@stz.zgs.de](mailto:service@stz.zgs.de)  
**Online**  
[www.stuttgarter-zeitung.de](http://www.stuttgarter-zeitung.de)  
[www.stuttgarter-zeitung.de/digital](http://www.stuttgarter-zeitung.de/digital)  
[www.stuttgarter-zeitung.de/anzeigenbuchten](http://www.stuttgarter-zeitung.de/anzeigenbuchten)  
**Redaktion** Stuttgarter Zeitung, Postfach 10 60 32, 70049 Stuttgart  
**Leserservice** Stuttgarter Zeitung Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 43 54, 70038 Stuttgart  
**Anzeigen** Südwest Media Network GmbH, Postfach 10 44 26, 70039 Stuttgart  
**Chiffre** Südwest Media Network GmbH, Postfach 10 44 26, 70039 Stuttgart

# Mühsamer Kampf gegen XXL-Landtag

Benötigt werden 770 000 Unterschriften, bisher sind es nur ein paar Tausend: Dem Volksbegehren gegen ein Riesen-Parlament fehlt es noch erheblich an Schubkraft. Viele Akteure unterstützen das Anliegen, bekennen sich aber nicht offen dazu.

Von Andreas Müller

Winfried Kretschmann musste nicht lange überlegen. Ob er, als Abgeordneter und einstiger Fraktionschef, einen Landtag mit mehr als 200 Mitgliedern sinnvoll und vermittelbar fände? Das sei natürlich „weder sinnvoll noch vermittelbar“, entgegnete der Ministerpräsident unlängst bei seiner wöchentlichen Pressekonferenz nach der Kabinettsitzung, aber „das hat ja auch niemand vor“. Auf die Nachfrage, ob er entsprechende Szenarien nicht für realistisch halte, wich Kretschmann aus. Da sei er „der falsche Ansprechpartner“, dazu müsse sich das Parlament selbst äußern.

Bis zu 220 Abgeordnete anstelle der Sollgröße von 120 – das ist kein Hirnspinster. Der Politikwissenschaftler Joachim Behnke von der Zeppelin-Universität in Friedrichshafen hat es berechnet. Als Folge des neuen Wahlrechts, nach dem es 2026 erstmals Erst- und Zweitstimmen sowie Landeslisten gibt, könne die Zahl der Überhangs- und Ausgleichsmandate stark zunehmen. Begünstigt wird das laut Behnke durch das künftig mögliche Stimmensplitting und, vor allem, durch das immer breiter werdende Parteienspektrum. Bei seiner Annahme handele es sich mitnichten um „reine Spekulation“, wie die Befürworter des neuen Wahlrechts – Grüne, CDU und SPD – ihm entgegenhalten, sie basiere auf bewährten Modellen. Auch der Landesrechnungshof hält das Szenario für realistisch. Aufgrund der Zahlen des Professors warnt er vor einer Zunahme der Kosten für das Parlament um bis zu 200 Millionen Euro pro Legislaturperiode. Nach der Wahl droht also ein böses Erwachen.

Der Mann, der einen solchen „XXL-Landtag“ noch verhindern will, steht an einem trüben Herbstsamstag in der Stuttgarter Innenstadt: Dieter Distler aus Bietigheim-Bissingen, 81 Jahre alt, aber deutlich jünger wirkend, promovierter Chemiker und einst Manager bei einem großen Chemiekonzern. An einem kleinen Infostand vor der Markthalle spricht er Passanten an, beantwortet Fragen und verteilt Formulare. Damit kann man das von ihm initiierte Volksbegehren „Landtag verkleinern“ unterstützen: ausfüllen, unterschreiben und an die Heimatgemeinde schicken. Viele Leute wollen sich beim Einkaufsummel nicht stören lassen, aber einige zeigen sich interessiert, manche gehen sogar aktiv auf Distler zu. Sie hätten in der Zeitung vom drohenden Riesenlandtag gelesen, hört er öfter, und wollten seinen Kampf dagegen unterstützen; eine Frau nimmt gleich etliche Formblätter für den Freundeskreis mit.

Die Chancen, das Wahlsystem rechtzeitig vor 2026 wieder zu ändern, sind denkbar gering. Aber Distler ist schon erheblich weiter gekommen, als ihm viele zugetraut hatten. Politisch interessiert war er immer, als Wechselwähler stimmte er mal für diese, mal für jene Partei. Sein Kampfgeist erwachte, als er erstmals von der abseharen Aufblähung des Parlaments und den damit verbundenen Kosten erfuhr – und zugleich eine Meldung über Junglehrer las, die vom Land in den Sommerferien aus Spargründen gekündigt würden. Das passe gar nicht zusammen, befand er – und begann, Unterschriften für ein Volksbegehren zu sammeln. Zur Abstimmung solle ein Gesetz gestellt werden, das er selbst entworfen hatte: wie bei der Bundestagswahl gäbe es in Baden-Württemberg danach 38 Wahlkreise (statt bisher 70), bei einer Regelgröße



Szenen des Volksbegehrens: Initiator Dieter Distler beim Unterschriften-Sammeln in Stuttgart, der Wegweiser zum „Wahllokal“ im Statistischen Amt. Fotos: StZ/Andreas Müller

von 68 Mitgliedern käme das Parlament so auf 100 bis 120 Abgeordnete. Die erste Hürde nahm Distler noch mit Bravour. Das Innenministerium ließ sein Volksbegehren zu – anders als einen ähnlich FDP-Entwurf, der wegen verfassungsrechtlicher Bedenken zunächst zurückgewiesen wurde – und anerkannte die 10 000 gesammelten Unterschriften. Nun steht der Initiator vor der zweiten, ungleich höheren Hürde: Bis Februar 2025 muss mindestens ein Zehntel der Wahlberechtigten den Plan unterstützen, das sind fast 770 000 Bürger. Seit dem Spätsommer werden Unterschriften gesammelt, doch sie strömen nicht, sondern tröpfeln nur: Ende September kam man gerade mal auf knapp 3000. Dabei passt das Projekt

eigentlich gut zum Politiker-kritischen Zeitgeist: Man kann einen Denktzettel erteilen, ohne gleich AfD zu wählen.

Für den nötigen Schub fehlt es Distlers Truppe zu einem an Verbündeten. An seiner Seite hat er immerhin die FDP, Landesverband und Fraktion, die wie die AfD gegen die Wahlrechtsänderung gestimmt hatte. Es könne nicht sein, dass die Bürger zum Sparen aufgerufen würden, „die Parlamente aber immer fetter werden“, befinden die Liberalen in einem Positionspapier. Ihre Abgeordneten stellten dafür die eigenen Interessen zurück und nahmen den Verlust ihres Mandats in Kauf. Man bitte die Parteigliederungen, „möglichst oft zu sammeln und diese Sammlungen auch medial publik zu machen“, sagt der Landesvorsitzende und Fraktionschef Hans-Ulrich Rülke. Auch der Bund der Steuerzahler und der Verein Mehr Demokratie unterstützen das Volksbegehren; beide haben freilich nicht die Mittel, um die Massen zu mobilisieren.

Hinter vorgehaltener Hand gibt es zwar viel Sympathie für die Initiative – oft von Akteuren, die den landespolitischen Betrieb, seinen Leerlauf und das übersteigerte Selbstbewusstsein der Parlamentarier allzu gut kennen. Man könne dem Volksbegehren nur Erfolg wünschen, sagen unisono Vertreter von Wirtschaftsverbänden oder Spitzenbeamte aus dem landespolitischen Apparat. Zitieren lassen will sich aber kaum jemand damit: Man braucht die Abgeordneten noch und will es sich nicht mit ihnen verderben. Immer wieder bekommt Distler zu hören, seine Sache sei ja eine gute, aber man wolle sich politisch nicht exponieren. Kein Problem damit hat der Verband der Familienunternehmer Baden-Württemberg. Er wird sich demnächst offen zum Anliegen des Volksbegehrens bekennen. Für den Landesvorsitzenden André Bartel ist es „ein mittlerer Skandal, was da abläuft“. Nur sechs Prozent der Gesetze kämen noch aus dem Landtag, aber künftig solle es noch mehr Abgeordnete geben – das dürfe nicht wahr sein.

Nebst Mitstreitern mangelt es Distlers Verein auch an Geld. Etliche Tausend Euro hat der Pensionär schon aus privaten Mitteln beigesteuert, etwa für den Druck von Unterschriftenlisten. Ein namentlich nicht genannter Großspender wäre nach seinen Worten bereit, eine halbe Million zu geben. Doch er wartet auf die Anerkennung als gemeinnützig, die das Finanzamt bisher verweigert. Das Geld würde auch für eine Social-Media-Kampagne gebraucht, mit der man junge Leute erreicht; die seien bisher „leider kaum ansprechbar“, bedauert Distler. Dabei sind vor allem sie es, die dereinst am meisten unter dem – auch durch die ausufernden Ausgaben für die Abgeordneten – eingeschränkten finanziellen Spielraum zu leiden hätten.

## Hürdenlauf zur Stimmabgabe in den Rathäusern

Es gibt eine amtliche und eine freie Unterschriftensammlung: Wie man sich am Volksbegehren für einen kleineren Landtag beteiligt – und mit welchen Problemen sich die Initiatoren in den Städten und Gemeinden konfrontiert sehen.

Von Andreas Müller

Der Weg ins „Wahllokal“ ist ein kleiner Hürdenlauf. Wer sich in Stuttgart in die amtlichen Unterschriftenlisten für das Volksbegehren „Landtag verkleinern“ eintragen will, muss das Statistische Amt der Stadt im Schwabenzentrum an der Eberhardstraße 37 aufsuchen. Dort findet sich der erste Wegweiser zu dem Raum im vierten Stock, dem auf der verwinkelten Route durch das Gebäude noch etliche weitere folgen. Schließlich steht man im Zimmer 404, wo zwei Mitarbeiter erst den Ausweis kontrollieren und dann die Liste zur Unterschrift herausgeben. Viel los ist nicht in der eigens eingerichteten Stelle.

Die „amtliche Sammlung“ ist eine der beiden Möglichkeiten, das Volksbegehren zu unterstützen. Noch bis zum 10. Dezember liegen dazu in den Rathäusern die Unterschriftenlisten aus; Orte und Öffnungszeiten müssen lokal bekanntgemacht werden. Die andere Variante ist die sogenannte freie Sammlung: Zuständig sind die Initiatoren des Volksbegehrens, die dafür „Eintragungsblätter“ ausgeben oder auf ihrer Home-

page zum Herunterladen anbieten; dort finden sich auch Erklärvideos. Bis zum 11. Februar 2025 müssen die Formulare ausgefüllt an die Gemeinden geschickt werden, in Stuttgart ans Statistische Amt.

Danach wird landesweit gezählt: Kämen die nötigen fast 770 000 Unterschriften zusammen, müsste sich der Landtag mit dem Gesetzesvorschlag befassen. Folgt er ihm nicht, wären erneut die Bürger am Zug. Beteiligten darf sich jeder, der mindestens 16 Jahre alt ist, die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt, seit mindestens drei Monaten in Baden-Württemberg wohnt und nicht vom Wahlrecht ausgeschlossen ist.

Derzeit liegt die Hürde noch in weiter Ferne. Aus Sicht der Initiatoren sind daran auch die Gemeinden schuld: in vielen Rathäusern wisse man nichts von dem Volksbegehren, Bürger würden wieder weggeschickt. Auch die FDP berichtet von „vielen Fällen, wo Kommunen nicht ihrer gesetzlichen Pflicht nachkommen, die Amtssammlung rechtsgetreu umzusetzen“. Doch das für den korrekten Ablauf zuständige Innenministerium kann derlei nicht er-

kennen. Man gehe allen Meldungen „unverzüglich auf den Grund“, sagt ein Sprecher, aber bisher habe sich nichts bewahrt: alles laufe ordnungsgemäß ab, es gebe keinen Anlass für Beanstandungen. Das Volksbegehren bekannt zu machen und dafür zu werben, obliege freilich alleine den Initiatoren.

Viel wäre aus deren Sicht gewonnen, wenn die Unterstützung auch digital erfolgen könnte. Doch dafür sieht das auch für Digitalisierung zuständige Innenressort vorerst keine Möglichkeit. Es gälten die gleichen Regeln wie für Wahlen, und da habe „das Bundesverfassungsgericht sehr hohe Hürden für ein digitales Verfahren definiert“; derzeit seien diese „nicht ohne Weiteres zu überwinden“. Auch die Landtags-FDP findet das misslich. Viele Bürgerbegehren scheiterten an bürokratischen Hürden, beklagt der Fraktionschef Hans-Ulrich Rülke. Schon vor Jahren sei er sich mit der Staatsrätin Gisela Erler einig gewesen, die Teilnahme durch digitale Möglichkeiten zu erleichtern. Leider sei die Initiative mit Erlers Ausscheiden versandet.

Auf der Webseite der Initiatoren gibt es eine Video-Anleitung.